

Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser **Änderungsantrag Drucksache 17/15742 abgelehnt**.

Wir stimmen fünftens über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/15743 ab. Wer stimmt hier zu? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser **Änderungsantrag Drucksache 17/15743 abgelehnt**.

Wir stimmen sechstens über den Einzelplan 03 ab. Damit kommen wir zur Abstimmung über den Einzelplan 03 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 03 in zweiter Lesung, wie gerade festgestellt, angenommen**.

Bevor ich nun den Einzelplan 10 aufrufe, kommen wir noch zur Abstimmung über den Einzelplan 12, Ministerium der Finanzen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/15712, den Einzelplan 12 unverändert anzunehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Einzelplan 12 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 12 in zweiter Lesung angenommen**.

Wir müssen noch über die **mittelfristige Finanzplanung** befinden. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/15718, die Finanzplanung 2021 bis 2025 zur Kenntnis zu nehmen.

(Angela Freimuth [FDP]: Das macht man doch erst zum Schluss!)

– Eigentlich zum Schluss. Ich weiß auch nicht, warum es hier vorgesehen war. – Ich stelle das zurück, bis wir dann durch sind.

(Es erfolgt ein Hinweis der Landtagsverwaltung an den Präsidenten.)

Es war richtig, das an dieser Stelle zur Kenntnis zu nehmen. Ich habe auch gesehen, dass wir es gemeinsam **zur Kenntnis genommen** haben. – Dagegen gibt es keinen Widerspruch.

Ich rufe auf:

Einzelplan 10 Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/15710 sowie auf die Änderungs-

anträge der Fraktionen von CDU und FDP Drucksachen 17/15727 bis 17/15733.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die Fraktion der SPD dem Abgeordneten Schneider das Wort.

René Schneider (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dies ist der letzte Haushalt, den der Landtag in dieser Wahlperiode beraten und beschließen wird. Ich hätte mir für den Bereich „Umwelt und Naturschutz“, ganz offen gesagt, mehr erhofft.

Dafür, dass der Haushalt 2022 nicht auch ein Reifall für die Landwirtschaft wird, will die Regierungskoalition mit ihren Änderungsanträgen von vergangener Nacht noch auf der Schlussgeraden sorgen.

Viel hilft viel? – Ich denke nicht. Denn die Landwirtinnen und Landwirte haben sich längst in Scharen von Ihnen abgewandt.

(Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Oh! – Lachen von Henning Höne [FDP])

Was Ihnen fehlt, ist eine klare politische Richtung, wohin es gehen soll. Gegen etwas zu sein, ist leicht. Aber wofür will NRW stehen?

Wenn es noch eines Beweises für die Wursteligkeit der Regierungskoalition bedurft hätte, dann ist das der Entschließungsantrag zur Volksinitiative Artenvielfalt, der heute Nacht zusammen mit einem Sack voller Haushaltsanträge kam. Es ist keine Diskussion möglich – ein Zeichen der Orientierungslosigkeit. Das ist schade, weil auch viele Menschen im Land derzeit orientierungslos sind, da wir in einer Zeit voller Kontroversen eine Polarisierung erleben, die so noch nie da gewesen ist. Es scheint, dass man nur für oder gegen etwas sein kann.

(Zuruf von Stephan Haupt [FDP])

Schwarz oder weiß wird die Welt gezeichnet, und wir müssen uns entscheiden. Wer nicht für eine Sache ist, muss zwangsläufig gegen sie sein. Wenn ich also ein Plus von 2 Millionen Euro für die Beratung von Schweinehalterinnen und Schweinehaltern als unvermittelt kritisiere, dann werde ich mir hier wieder anhören müssen, dass ich ja wohl gegen Landwirtschaftskammern und Tierhalterinnen sei. Ich meine, das muss aufhören, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir als SPD-Landtagfraktion haben ein Positionspapier auf den Weg gebracht, das im Bereich der Landwirtschaft viele Akteurinnen und Akteure miteinander versöhnt, anstatt sie zu splitten.

(Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Wer? Sie?)

Wir haben niemanden ausgelassen. Kaum jemand ist deshalb zu 100 % zufrieden. Aber bei jedem, mit dem ich bislang gesprochen habe, ist zu spüren: Die Ehrlichkeit in diesem Papier wird honoriert. – Unsere Zeit verträgt nämlich keine taktischen Spielchen mehr.

Deshalb tat es auch weh, zu sehen, wie die Volksinitiative Artenvielfalt im Ausschuss abgebügelt worden ist. Darüber werden wir heute noch sprechen, zur Primetime nach 21 Uhr. So viel aber vorab: Dass keine einzige Forderung aus der Volksinitiative wirklich aufgegriffen wurde, auch nicht mit Ihrem Entschließungsantrag, und nicht einmal das Sofortprogramm zur Artenvielfalt, das der NABU angeregt hatte, in diesem Haushalt steht, hat mich – und ich denke, auch 115.000 andere Menschen in Nordrhein-Westfalen – überrascht, ja, vielleicht sogar verärgert.

(Beifall von der SPD)

Die Forderung nach 15 Millionen Euro für das Sofortprogramm Artenvielfalt unterstützen wir als SPD, weil es ein Lebenszeichen ist: Ja, dieser Landtag spricht nicht nur über Artenschutz; er beschließt auch für den Artenschutz.

(Zuruf von Dr. Ralf Nolten [CDU])

– Wir wollten Ihnen doch für einen Zwischenruf Platz geben.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Überrascht hat uns allerdings – und damit kommen wir auf Sie zurück – der ursprüngliche Haushaltsansatz zum Thema „Weidetierschutz und Wolf“. In den vergangenen Jahren sind die Kosten stetig gestiegen und lagen sowohl 2020 als auch 2021 rund eine halbe Million Euro über dem ursprünglich gewählten Haushaltsansatz. Trotzdem ging das Ministerium auch für 2022 mit dem alten Ansatz in die Haushaltsberatungen. „Was soll's?“, werden Sie sich vielleicht gedacht haben, Frau Ministerin, „dann gehen die Ausgaben in den Wolfsgebieten eben weiter zulasten des allgemeinen Naturschutzes.“

Immerhin legen Sie jetzt nach, zögerlich und wieder viel zu wenig, obwohl Sie doch selber wissen und sogar selbst errechnet haben – auf welcher Grundlage auch immer –, dass der Schutz von Pferden und Ponys allein im Wolfsgebiet Schermbeck weitere rund 7,5 Millionen Euro kosten wird. Nichts davon ist im Haushalt zu finden.

Ja – und ich schaue, ob mein Kollege Herr Deppe heute hier ist –, jeder einzelne Euro schmerzt. Konsequenterweise gehört das aber dazu, wenn man sich zum Schutz von Wolf und Weidetieren verpflichtet hat.

(Zuruf von Stephan Haupt [FDP])

Solange es keine andere Gesetzeslage gibt, ist das so.

(Beifall von André Stinka [SPD])

Das Problem löst man eben nicht, indem man auf andere zeigt. Es ist übrigens interessant, zu sehen, wie Sie, Frau Ministerin, nach der verlorenen Bundestagswahl im Ausschuss ruck, zuck in den Oppositionsmodus geschaltet haben. Eine einzige Ministerin, eine einzige SPD-Ministerin, soll am Schutzstatus des Wolfes im Bundesnaturschutzgesetz schuld sein.

(Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Ja!)

16 Jahre CDU-Kanzlerschaft, in der die Bundeskanzlerin die Richtlinienkompetenz hatte, vergessen Sie geflissentlich.

(Beifall von der SPD – Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Das ist so ein Unsinn, was Sie da erzählen! – Zurufe von der CDU)

Da können Sie ruhig lachen. Das, Frau Ministerin, nimmt Ihnen da draußen nämlich keiner ab, weil das einfach ein Stück weit billige Rhetorik ist.

Umso trauriger ist es, zu sehen, dass nicht nur Sie, sondern auch große Teile von Kabinett und Regierungskoalition bis hin zum Ministerpräsidenten, der vor ein, zwei Wochen hier vorne stand, von dieser partiellen Amnesie über die 16 Jahre befallen sind. Ich sagte es gerade: Solche taktischen Spielchen bringen es nicht. – Lösungen tun das.

(Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Ja!)

Wir müssen dabei die Standpunkte anhören und gewichten. Leider ist es nicht immer so, dass zwei Standpunkte zusammen doppelten Nutzen bringen. Teilweise widersprechen sich die Maßnahmen sogar, die wir im Bereich „Umwelt und Naturschutz sowie Landwirtschaft“ treffen müssten. Das hat die Anhörung zum Klimaanpassungsgesetz gezeigt. Es gibt Zielkonflikte zwischen Nachhaltigkeit und Resilienz im Allgemeinen und Klimaschutz und Klimaanpassung im Speziellen.

„Aber einen Tod müssen wir sterben“, hat ein ehemaliger Vorgesetzter von mir in solchen Situationen immer gesagt. Wenn es nämlich kein Optimum gibt, müssen wir den Weg gehen, der am meisten Nutzen und am wenigsten Schaden verspricht. Und wenn wir ihn gehen, dann müssen wir allen erklären, warum wir das tun.

Nichts tun, meine Damen und Herren, ist dagegen der allerschlimmste Entschluss, den wir bei Klimaschutz und Klimaanpassung treffen können. Hier haben Sie uns, liebe Fraktionen von CDU und FDP, in den vergangenen fünf Jahren leider immer wieder enttäuscht.

Ja, Sie haben ein Klimaanpassungsgesetz vorgelegt und verabschiedet. Und das war clever. Denn das war ein schönes Label. Sie waren die Ersten in Deutschland. Chapeau dafür! Das hat dazu geführt, dass leider die wenigsten Menschen einmal in die Verpackung geguckt haben, hingeschaut haben und gemerkt haben, dass in dem Gesetz keine einzige konkrete Maßnahme steht und dass bis heute auch im aktuellen Haushalt für diese Klimaanpassung so gut wie nichts eingestellt ist. Statt echten Klimaschutz zu betreiben, machen Sie vor allen Dingen eines: Marketing in eigener Sache.

(Beifall von der SPD)

Damit es wenigstens ein bisschen versöhnlich wird, möchte ich Sie, aber nur ganz kurz, beim Thema „Verbraucherschutz“ loben. Sie haben die neue Fünfjahresplanung mit der Verbraucherzentrale auf den Weg gebracht. Das ist gut. Das hat aber auch Tradition.

(Rainer Deppe [CDU]: Hat die CDU eingeführt!)

Denn die Verbraucherzentrale macht einen sehr guten Job, der hier auch noch einmal ausdrücklich von meiner Fraktion gelobt wird. Auch die Insolvenzberatung bekommt mehr Geld.

Wir müssen aber auch über eine Dynamisierung der Mittel sprechen, weil sonst die Stellen schlichtweg nicht ausfinanziert werden und die Stellen dann zurückgehen müssen.

Da hatten Sie vor einem Jahr, wenn ich mich recht entsinne, auch einen inhaltlichen Antrag zur strukturellen Veränderung. Und dann hören wir davon ein Jahr lang nichts mehr. Womit haben Sie sich befasst? Sie haben es auf den Weg gebracht, dann aber nicht zu Ende geführt – wieder etwas, was sich diese Koalition auf die Minusseite schreiben muss, wenn wir zum Thema „Haushalt“ reden.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, je nachdem, wie wir die Zielkonflikte der Zukunft lösen, beeinflussen wir auch das Leben von Menschen. Ich weiß nicht, ob uns das immer allen so bewusst ist. Aber ganz sicher bleiben wir alle ab und zu gerne mal in der eigenen politischen Komfortzone, weil es bequemer ist, nicht den Konsens da zu suchen, wo man uns nicht kennt und uns vielleicht nicht sofort wertschätzt.

Eine Landesregierung aber muss wieder Verbindung schaffen, wo Verständnis füreinander gelitten hat. Eine Verbindung schafft man immer zwischen mindestens zwei Polen, zwischen zwei Positionen. Diesen Anspruch hat die Landesregierung aus unserer Sicht leider aufgegeben – oder vielleicht auch nie gehabt; ich weiß es nicht.

Ich wünsche mir nur, dass der nächste Landeshaushalt, über den hier im Landtag beraten wird, wieder

einer für die vielen und nicht für die wenigen in Nordrhein-Westfalen sein wird.

(Henning Höne [FDP]: Mein Gott! – Zurufe von der CDU)

Das muss unser aller Anspruch sein und sollte auch der Ihre in den vergangenen fünf Jahren gewesen sein, weil ich, meine Damen und Herren, nicht glaube, dass wir ausschließlich für den Teil der Menschen in NRW Verantwortung tragen, von dem wir meinen, gewählt worden zu sein. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Glück auf und Gottes Segen!

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Schneider. – Für die Fraktion der CDU spricht die Abgeordnete Frau Winkelmann.

Bianca Winkelmann* (CDU): Sehr geehrter Herr Kollege Schneider, der Vorteil, wenn man als Zweites redet, ist, dass man ein bisschen auf die Vorrede eingehen kann. Sie sprachen vorhin von Minuszeichen in diesem Haushalt, von Minuszeichen in unserer Landwirtschafts- und Umweltpolitik. Ich freue mich, dass ich Ihnen jetzt in meiner Rede die Pluszeichen und den Mehrwert aufzeigen kann, den wir als NRW-Koalition gemeinsam mit unserem Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz in den letzten viereinhalb Jahren erreicht haben.

(Beifall von der CDU und Angela Freimuth [FDP])

Ein kurzer Blick zurück: Im Jahre 2017 haben wir versprochen, NRW sicherer, schneller und schlauer zu machen. Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner ist das in den letzten viereinhalb Jahren erfolgreicher Arbeit tatsächlich gelungen. Ja, all diese Versprechen konnten wir halten.

Die diesjährigen Haushaltsberatungen spiegeln genau dies wider. Der nun zu beratende Haushaltsentwurf befasst sich neben den gerade erwähnten wichtigen landespolitischen Schwerpunkten mit dem Wichtigsten überhaupt. Im Einzelplan 10 geht es um den Bereich des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz und damit um unser Lebensministerium.

(René Schneider [SPD]: Das ist aber ein Ding!)

Wir beschäftigen uns also rund um den Standort Nordrhein-Westfalen mit der Frage, wie wir unser dicht besiedeltes Bundesland als Standort mit wettbewerbsfähiger Land-, Forst- und Umweltwirtschaft aufstellen. Nordrhein-Westfalen ist ebenso Agrarland wie auch eine der wichtigsten Industrieregionen in Europa.

Die Herausforderungen für das Ministerium sind in Coronazeiten nicht einfacher geworden. Es ist aber dafür umso wichtiger, ressourcenschonende Umwelt- und Landwirtschaftspolitik mit der Orientierung an Nachhaltigkeitszielen zu unterstützen und gleichzeitig landwirtschaftliche Produktion im eigenen Land zu erhalten.

Auf der einen Seite erleben wir einen wahren Boom auf regional erzeugte Lebensmittel. Auf der anderen Seite erleben viele Familienbetriebe in unserem Land durch ruinöse Auszahlungspreise eine in dieser Dimension nie da gewesene Krise.

Gleichzeitig wird weiter über den Umbau der Nutztierhaltung diskutiert. Dies gilt auch für die Etablierung der verschiedenen Haltungsstufen. Dabei fehlt es – das gehört zur Wahrheit dazu – vielen Betrieben aktuell bereits an der nötigen Liquidität, um zum Beispiel laufende Futterrechnungen zu begleichen.

Die Herausforderungen an den Haushalt eines Landwirtschaftsministeriums werden also nicht weniger. Daher ist es umso wichtiger, dass wir im nun vorliegenden Änderungsantrag durch die NRW-Koalition 2 Millionen Euro an weiteren Mittel für die Unterstützung von Landwirten bereitstellen, die sich auf den Weg machen wollen, ihre Ställe umzubauen. In diesen bewegten Zeiten ist das wichtiger denn je.

Kommen wir zum großen Bereich der Umwelt- und Naturschutzthemen. In den vergangenen Wochen haben wir uns hier im Landtag intensiv mit den Forderungen der Volksinitiative Artenvielfalt NRW beschäftigt. Als NRW-Koalition stehen wir zu den Zielen der Volksinitiative. Wir werden diese – der Kollege hat schon darauf hingewiesen – in einem weiteren Tagesordnungspunkt noch gemeinsam beraten.

Eines möchte ich schon vorwegnehmen: Wir werden uns im Rahmen der dritten Lesung die Details noch einmal genau anschauen. Wir arbeiten intensiv an weiteren Mitteln für ein Mehr an Naturschutz in Nordrhein-Westfalen.

Im aktuellen Haushaltsentwurf zur Sicherung der Förderung im Naturschutz und für die Arbeit der Biologischen Stationen stehen bereits fast 37 Millionen Euro zur Verfügung. Unser Ziel ist es und wird es sein, diese Mittel Schritt für Schritt aufwachsen zu lassen. Ich bin gespannt, wie der Plan der Oppositionsparteien zur Umsetzung der Forderungen der Volksinitiative aussieht. CDU und FDP machen sich jedenfalls auf den Weg, um die Ziele umzusetzen – aber dazu, wie angekündigt, später mehr.

Bevor die Kollegen der Grünen – auch Sie möchte ich kurz ansprechen – wieder die Mittel für die Landwirtschaftskammer kritisieren, erlauben Sie mir, wie schon im Ausschuss einen kleinen Hinweis zu geben:

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Das ist schön!)

Die umfangreichen Agrarumweltmaßnahmen, die – da sind wir uns sicherlich einig – einen wichtigen Beitrag zu einem Mehr an Biodiversität in Nordrhein-Westfalen leisten, müssen nun einmal administriert und finanziert werden, und zwar über die Landwirtschaftskammer. Dafür wird eine entsprechende finanzielle Ausstattung benötigt.

Kommen wir zu einem weiteren neuen Aufgabenbereich der Landwirtschaftskammer, der uns, denke ich, noch häufiger verfolgen wird. Der Wolf ist in Nordrhein-Westfalen wieder heimisch geworden. Wir haben mittlerweile vier ausgewiesene Wolfsgebiete in unserem dicht besiedelten Bundesland. Mit einer immer stärker aufwachsenden Wolfspopulation werden auch die Zielkonflikte zwischen Wolf und Mensch – hier vor allem den Weidetierhaltern – immer größer.

Jeder hier im Hohen Hause sollte mittlerweile die Bilder von gerissenen Schafen oder zuletzt den vier ausgeweideten Ponys in der Region Schermbeck kennen. Unser Änderungsantrag auf weitere 400.000 Euro für mehr Herdenschutzmaßnahmen soll ein weiterer Beitrag für die Weidetierhalter sein, die vor lauter Sorge um ihre Tiere oft keine ruhigen Nächte mehr haben.

Da zurzeit die einzige Möglichkeit der Unterstützung von Tierhaltern eine finanzielle Förderung für eine Beratung durch Fachleute ist, begrüßen wir es ausdrücklich, dass die Landwirtschaftskammer zukünftig auch diese Aufgaben übernehmen wird.

Umweltbildung sollte bei den ganz Kleinen, bei unseren Kindern beginnen. Nachdem wir als NRW-Koalition die Aktion „Kinder erstellen insektenfreundliche Kleingärten“ gemeinsam mit den Kleingärtnern in Nordrhein-Westfalen ins Leben gerufen haben, werden wir nun über einen weiteren Änderungsantrag 500.000 Euro zusätzlich für die Anlage von Schulgärten bzw. für den Bau von Hochbeeten in Kitas und Grundschulen zur Verfügung stellen. Diese sollen zu Beginn des Kalenderjahres 2022 die Möglichkeit der Antragstellung erhalten. So bringen wir Umweltbildung in die Fläche.

Pro Jahr wenden sich rund 850.000 Bürgerinnen und Bürger an die 62 Verbraucherzentralen in Nordrhein-Westfalen. Dieses dichte Netz an Beratungsstellen sucht bundesweit seinesgleichen. Wir sind damit Vorreiter in Sachen „Verbraucherschutz“ – ich freue mich, dass auch die SPD dies im positiven Sinne erkannt hat –, und wir wollen es auch bleiben.

Daher werden wir die Mittel für die Verbraucherschutzförderung um 4,5 Millionen Euro für die institutionelle Förderung auf 21,69 Millionen Euro erhöhen. Dies trägt der neuen mehrjährigen Vereinbarung Rechnung, die unsere Ministerin Ulla Heinen-Esser dankenswerterweise mit den Verbraucherzentralen geschlossen hat. Dies bedeutet konkret, dass die örtlichen Beratungsstellen weiter ausgebaut werden

können und die notwendige Digitalisierung der Verbraucherzentralen weitergeführt werden kann.

Weitere 250.000 Euro werden in den Fake-Shop-Finder fließen, der Verbraucherinnen und Verbraucher vor den Gefahren des Internethandels schützen soll.

Das große Aufgabenspektrum des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz betrifft viele Bereiche unseres täglichen Lebens. Zehn Minuten Redezeit reichen leider nicht aus, um alle Bereiche entsprechend zu beleuchten. Erlauben Sie mir daher, in der Kürze der Zeit noch einige wichtige Punkte aufzuzählen:

Unsere Abfallwirtschaft wird aktuell zu einer zukunftsweisenden Kreislaufwirtschaft ausgebaut.

Wir stocken die Landesmittel für die Schulobst- und Schulmilchprogramme weiter auf.

36 Millionen Euro mehr für den ländlichen Wegebau, den Vertragsnaturschutz und das Tierwohl sind wichtig für den ländlichen Raum.

Unser Drohnenförderprogramm zur Rettung von Kitzen war ein voller Erfolg. Wir wollen es weiterführen.

Der Wald braucht für viele weitere Jahre Hilfe und damit finanzielle Unterstützung. Die Schmallenberger Erklärung von 2019 legte den Grundstein, mit dem diese Landesregierung den Weg für Sondermittel zur Wiederbewaldung bereitet hat, und das verlässlich über zehn Jahre hinweg; denn Waldbau ist immer eine Generationenaufgabe. Dieser Haushaltsentwurf ist der richtige Ansatz für die Hilfe für unsere Wälder, welche unser verlässlichster Partner im Kampf gegen den Klimawandel sind.

Beim Stichwort „menschengemachter Klimawandel“ kommen wir zu einem weiteren Meilenstein. Wir haben es gerade schon gehört: Unsere Ministerin hat gemeinsam mit FDP und CDU in Nordrhein-Westfalen das bundesweit erste Klimaanpassungsgesetz auf den Weg gebracht. Basierend auf diesem Gesetz ist in Nordrhein-Westfalen eine Förderung und Finanzierung von verschiedenen Vorhaben vorgesehen.

(André Stinka [SPD]: Vorgesehen!)

So steht es in diesem Gesetz, und die Mittel dafür finden sich in diesem Haushaltsentwurf wieder.

Ganz zum Schluss möchte ich noch etwas zur Wasserwirtschaft in Nordrhein-Westfalen sagen. Wir haben im Juli eine Hochwasserkatastrophe von niemals gekanntem Ausmaß erleben müssen. Vier Monate nach den verheerenden Regenfällen, bei denen Menschen ihr Leben in den Fluten ließen und viele ihre Wohnung und Existenzgrundlage verloren haben, ist es auch eine moralische Verpflichtung, über die Konsequenzen dieser Katastrophe zu beraten.

Das Umweltministerium ist nicht direkt für die akuten Hilfsprogramme zuständig, gleichwohl aber für die

umweltpolitischen Konsequenzen, die wir alle aus diesem furchtbaren Ereignis ziehen müssen. Die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie in Kombination mit den neuen Herausforderungen für die Wasserwirtschaft muss neu beleuchtet werden und schnellstmöglich erfolgen. Im Haushaltsplan 10 finden Sie daher bereits jetzt viele gute Ansätze für diese großen Herausforderungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer die landwirtschaftlichen Betriebe in Nordrhein-Westfalen unterstützen will, wer ein Mehr an Naturschutz auch im Sinne der Volksinitiative will und wer für eine zukunftsorientierte Umweltpolitik in unserem Land steht, den bitte ich um Unterstützung für diesen Haushalt. – Herzlichen Dank.

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die Fraktion der Grünen spricht der Abgeordnete Herr Rüße.

Norwich Rüße^{*)} (GRÜNE): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dies ist der letzte Haushalt, den die Landesregierung vor der Wahl im nächsten Mai vorlegt. Dann ist es auch mal Zeit, Bilanz zu ziehen, was eine Regierung denn gemacht hat. Die Vorrednerinnen und Vorredner haben das genauso gemacht.

Eines will ich Ihnen schon zugutehalten: Ich glaube, dass die letzte Legislaturperiode fünf Jahre mit enormen Herausforderungen umfasste, wenn wir auf die Dürresommer zurückschauen, die die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen erheblich getroffen haben, wenn wir auf das Hochwasser und die damit verbundenen Schadensereignisse zurückschauen – Frau Winkelmann hat es zum Schluss der Rede auch erwähnt –, die wir in solchen Dimensionen noch nicht kannten.

Hinzu kommen die Schäden in den Wäldern durch Borkenkäfer, aufgrund der Dürresommer und aufgrund von Fehlern in der waldbaulichen Gestaltung; das muss man auch ganz klar sagen, das gehört dazu.

Über alledem steht das Thema „Verlust von Biodiversität, Artensterben und bedrohte Artenvielfalt“, das uns seit Jahren begleitet. Ich glaube, wir alle wissen, dass wir in diesem dicht besiedelten Land die Natur erheblich in Anspruch nehmen und teilweise auch über Gebühr belasten. Die Politik hat die Aufgabe, diese Herausforderungen gemeinsam zu meistern.

Zum Thema „Artenvielfalt“ hat Ihr Haus, Frau Ministerin, eine Konferenz durchgeführt. Dazu gibt es mittlerweile viele, viele Studien. Das heißt, es gibt in dem Sinne kein Wissensdefizit mehr. Wir können sehr wohl handeln, auch wenn noch nicht alles bis zum Letzten geklärt ist. Aber wenn wir jetzt nichts tun: Wann wollen wir denn wirklich damit beginnen?

(Beifall von den GRÜNEN)

Dann sind wir bei der Frage: Was können wir denn tun? – Einerseits kann eine Landesregierung mit Verordnungen und Gesetzen arbeiten. Das wird sicherlich immer wieder an der einen oder anderen Stelle nötig sein. Sie kann aber auch mit Förderung und mit Unterstützung arbeiten.

Wenn man sich den Haushalt des Einzelplans 10 ansieht, dann stellt man fest, dass die Schwerpunkte, die dort gesetzt werden, eine Schieflage haben, dass sie nicht so gesetzt werden, dass sie die Gesamtheit der Akteure, die wir in dem Umfeld haben, ansprechen und wirklich alle mitnehmen.

Ihre Schwerpunktsetzung, Frau Ministerin und liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, ist aus meiner Sicht tatsächlich eine Enttäuschung, und das gerade mit Blick auf die Volksinitiative Artenvielfalt.

Frau Winkelmann, wenn Sie sagen, dass Sie die Ziele teilen, dann ist das, was Sie im Bereich „Naturschutz“ tun, ehrlich gesagt, ein Schlag ins Gesicht der Akteure.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich will das auch noch mal am Titel 686 82 deutlich machen; das betrifft die Finanzierung der Biologischen Stationen. Die liegt jetzt seit Jahren – seit Jahren – bei ungefähr 9,5 Millionen Euro. Da lag sie schon 2017, und da liegt sie jetzt auch wieder. Ich finde, dass das der Lage absolut nicht gerecht wird.

Die Biologischen Stationen brauchen auch neue Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Wenn Sie sich mit denen unterhalten, dann sagen sie: Wir sind als Arbeitgeber absolut nicht mehr interessant, weil wir keinen Zuwachs haben. Wie sollen wir das denn finanzieren? Wir können ja kaum den Ausgleich der Lohnsteigerungen hinkriegen, die wir bei unseren Leuten haben. Wir müssen da kreativ tätig werden. – Das ist absolut nicht in Ordnung. Deshalb haben wir den Antrag gestellt, diesen Bereich um 5 Millionen Euro aufzustocken.

Frau Winkelmann, tun Sie an der Stelle eines: Sie haben eben gesagt, zur dritten Lesung wollen Sie noch mal aktiv werden. Sie brauchen ja keine 5 Millionen Euro bereitzustellen, aber stellen Sie hier wenigsten 2 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung, damit die Biologischen Stationen in ihrer Arbeit gesichert sind. Das wäre mal ein Schritt und ein Zeichen des guten Willens.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ja, Frau Winkelmann, ich werde tatsächlich in dem Zusammenhang kritisieren, dass Sie die Landwirtschaftskammer wieder über Gebühr zusätzlich mit Geldmitteln versorgen. In dem Bereich gab es in den letzten fünf Jahren immer wieder ordentlich was drauf. Das haben Sie jetzt auch gemacht.

Gestern Abend flatterten dann noch zwei Änderungsanträge der Regierungsfractionen rein. Es gibt noch mal 2,4 Millionen Euro mehr für die Landwirtschaftskammer. Man kann drüber streiten, ob es sinnvoll ist oder nicht, dass die Kammer die Wolfsbetreuung macht. Das ist ja in Ordnung.

Bei den 2 Millionen Euro für den Bereich „Schweinehaltung“ bin ich gespannt. Ich kann so kurzfristig, ehrlich gesagt, kaum entscheiden, ob das sinnvoll ist. Aber 2 Millionen Euro für Beratung? Da wird unglaublich viel erwähnt. Ich bin gespannt, wie Sie das umsetzen wollen.

In der Summe haben Sie in der jetzigen Legislaturperiode 33 Millionen Euro bei der Landwirtschaftskammer draufgesattelt. Das sind 30 % mehr. Wenn Sie das bei den Biologischen Stationen machen würden, müssten Sie analog 2,5 Millionen Euro draufsateln.

(Zuruf von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Das tun Sie aber nicht, sondern Sie tun das nur bei der Landwirtschaftskammer. Was Sie hier machen, ist unverhältnismäßig. Das ist wirklich ein Tritt vors Schienbein aller Naturschützerinnen und Naturschützer in diesem Land.

(Beifall von den GRÜNEN)

Frau Ministerin, Sie könnten mir jetzt antworten – da würde ich Ihnen sogar zustimmen –: Wir haben im Einzelplan 10 schlichtweg zu wenig Geld. – Das ist tatsächlich ein massives Problem für das Umweltministerium. Das Umweltministerium ist in seiner Gänze aus meiner Sicht – das sage ich immer wieder, und ich werde auch nicht müde, das zu wiederholen – unterfinanziert.

(Beifall von den GRÜNEN)

2002 hatte das Umweltministerium noch 973 Millionen Euro. Das waren 2 % des damaligen Gesamteinsatzes von 48 Milliarden Euro. Für das nächste Jahr sind 1,28 Milliarden Euro veranschlagt. Das sind 1,4 %. Hätten wir noch einen 2%igen Anteil am Gesamteinsatz, dann hätten Sie als Ministerin 500 Millionen Euro mehr. Das ist eine Summe, mit der man die Herausforderungen, die im Naturschutzbereich bestehen, vernünftig angehen könnte.

Die größte Herausforderung, die wir haben, ist die Frage der Ernährung in diesem Land. Sie haben selbst die Studie zur Ernährung in öffentlichen Kantinen usw. bei der Verbraucherzentrale in Auftrag gegeben. Ich selbst habe dazu jetzt auch etwas gemacht. Wenn wir dieses Thema gemeinsam als Win-win-win-Situation für uns alle im Bereich „gesunde Ernährung“, für die Natur und für die Landwirtschaft im Sinne einer regionalen Vermarktung angehen wollen, dann muss an der Stelle ein Wumms reinkommen.

Das kriegen wir nicht hin mit immer wieder Projekten von 3, 4 Millionen Euro, sondern da muss deutlich mehr passieren, damit wir diese Nachfrage so aus den öffentlichen Kantinen und Mensen erzeugt bekommen und die Landwirtschaft dann entsprechend mit viel Rücksichtnahme auf Natur, auf Tiere diese Güter so produzieren kann, dass gleichzeitig ein gutes Einkommen ermöglicht wird.

(Beifall von den GRÜNEN und Annette Watermann-Krass [SPD])

Frau Winkelmann hat eben den Punkt „Lernen in den Schulen“ erwähnt, dieses kleine Projekt, das jetzt gemacht wird. Das ist ein kleiner Baustein, aber ich habe schon wieder Angst, dass das am Ende versickert. Da sollen 500 Euro pro Schule gegeben werden. Was kriege ich denn mit 500 Euro an einer Schule hin?

Zur Frage des Schulgartens, wer das noch aus der Vergangenheit kennt, gehört immer jemand, der sich dessen annimmt, der diesen über Jahre betreut. Wenn wir das nicht schaffen, dann sind solche Projekte wenig sinnvoll.

Mein Fazit ist – das, finde ich, ist ein Problem –, dass Sie der Landwirtschaft respektive der Landwirtschaftskammer seit Jahren – mit diesem Haushalt auch wieder – ein Zückerchen nach dem anderen hinwerfen und gleichzeitig die anderen Akteure sträflich vernachlässigen. Ich glaube, wir können dem Naturschutzbereich nicht auf Dauer immer nur trockenes Brot geben, wenn wir nicht wollen, dass diese Menschen total unzufrieden sind. Wir haben das beim Landesnaturschutzgesetz, beim Ehrenamt, bei all diese Fragen diskutiert. Ich weiß nicht, wie Sie das abfedern wollen.

Es wird dringend Zeit, dass sich das ein Stück weit wieder ändert und wir zu einer ausgewogenen Verteilung der Gelder kommen, denn ansonsten ist das Gleichgewicht zwischen Landwirtschaft und Naturschutz/Umweltschutz, das wir brauchen, gefährdet. Wir müssen alle Menschen – Bäuerinnen und Bauern, Naturschützerinnen und Naturschützer – zusammenbringen, damit gemeinsam die Ziele erreicht werden, die wir eigentlich alle erreichen wollen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Rüße. – Für die FDP spricht der Abgeordnete Herr Haupt.

Stephan Haupt (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Schneider, zu Ihrer Rede muss ich sagen:

(Zurufe von René Schneider [SPD] und Dr. Christian Blex [AfD])

Wenn man nichts zu kritisieren hat, dann redet man einfach drumherum und garniert das Ganze mit ein bisschen Theatralik.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von René Schneider [SPD])

Sie haben ja mal Marketing gemacht, wie ich gelesen habe. Vielleicht haben Sie das dort gelernt.

Wir beraten heute insgesamt über einen Ausgabenansatz von knapp 1,3 Milliarden Euro, was im Übrigen eine Erhöhung von über 80 Millionen Euro bedeutet.

Das Aufgabenfeld – darüber haben wir schon häufiger diskutiert – wird immer anspruchsvoller. Das ist uns allen in diesem Jahr leider sehr deutlich geworden, denn unter der verheerenden Flutkatastrophe, welche unser Land heimgesucht hat, leiden heute noch Menschen.

Damit wir künftig für die zu erwartenden Folgen des Klimawandels besser gewappnet sind, hat diese Landesregierung als erste überhaupt ein Klimaanpassungsgesetz auf den Weg gebracht, und das bereits vor der unsäglichen Katastrophe. Hierfür bin ich der Ministerin und ihrem Hause wirklich sehr dankbar.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Denn dieser richtige Ansatz ermöglicht es uns, weniger restriktiv agieren zu müssen, sondern proaktiv vorangehen zu können. Dieser Ansatz ist auch – im Gegensatz zu dem, was Frau Düker heute Morgen sagte – mit Haushaltsmitteln unterlegt, nämlich mit 250 Millionen Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, besonders wichtig ist uns – das scheint dem einen oder anderen aber ein Dorn im Auge zu sein, Herr Rüße, wie ich gerade von Ihnen gehört habe – die Stärkung unserer heimischen Landwirtschaft.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Ich habe etwas ganz anderes zum Schluss gesagt! Sie haben gar nicht zugehört!)

Darum haben wir auch eine Enquetekommission ins Leben gerufen. Dort sind wir parteiübergreifend dabei, Lösungsansätze für die Zielkonflikte zu finden.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Das glaube ich nicht! Das stimmt nicht!)

Viele Lösungsansätze haben wir parteiübergreifend gemeinsam entwickeln können, und es freut uns natürlich, dass der eine oder andere Lösungsansatz schon den Weg in das Landtagswahlprogramm einer anderen Partei gefunden hat.

Aber, Herr Schneider, die Grünen sind wenigstens so ehrlich und sagen, dass etwas aus der Enquete in ihrem Wahlprogramm gelandet ist. Sie dagegen verkaufen das Ganze als Ihr alleiniges Konzept und tun

so, als wenn es die Enquete gar nicht gegeben hätte. Das ist schlicht unredlich.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen uns für eine zukunftssichere Tierhaltung in NRW ein. Aber bei der Umsetzung benötigen unsere Landwirte auch Unterstützung und eine Dialogbegleitung seitens der Politik. Denn die beste Tierwohlpolitik nützt am Ende nichts, wenn es – wie es in Schweden geschehen ist – dann gar keine heimischen Produzenten mehr gibt und Fleisch zur reinen Importware mutiert.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Das wollen Sie doch!)

Die Gefahr, dass unser Fleisch dann unter wesentlich niedrigeren Tierwohlstandards, auf welche wir dann auch gar keinen Einfluss mehr haben, produziert wird, ist leider real. Das wollen wir nicht.

(Beifall von der FDP)

Darum haben wir den Antrag gestellt, zusätzliche Mittel bereitzustellen, um die Landwirte hierbei zu begleiten. Denn Tierwohl muss natürlich möglich gemacht werden, muss auch baulich möglich gemacht werden. Hier sollen die Landwirte entsprechend beraten und begleitet werden. Unsere Landwirte engagieren sich auch schon sehr stark für mehr Tierwohl, wie ich bei meinen zahlreichen Besuchen feststellen konnte. Aber wir müssen es eben möglich machen.

Die Beratung, die wir mit 2 Millionen Euro für ein entsprechendes Programm bei den Landwirtschaftskammern – ja, Herr Rüße – platzieren, unterstützt die Betriebe bei der Projektplanung, der Klärung der Standortfrage bis hin zu Vermarktungskonzepten für eine tierwohlgerechtere Haltung und wird so den Umbau zu mehr Tierwohl voranbringen. Das ist doch unser gemeinsames Ziel.

Ich möchte noch auf einen weiteren Aspekt für mehr Tierschutz eingehen: die Rehkitzrettung. Rehkitze verstecken sich oft im hohen Gras und flüchten nicht, wenn ein Landwirt mit dem Mähwerk anfährt.

Die Landwirte haben oftmals überhaupt keine Möglichkeit, tatsächlich jedes Kitz im hohen Gras früh genug zu entdecken. Mithilfe von mit Wärmebildkameras ausgestatteten Drohnen können vor Beginn der Mahd die Wildtiere in Feldern aufgespürt und in Sicherheit gebracht werden.

Daher wollen wir das sehr erfolgreiche Landesprogramm zur Rehkitzrettung, welches im Jahr 2021 innerhalb kürzester Zeit überzeichnet war, weiter fortführen und mit 100.000 Euro ausstatten. Der Erfolg lag nicht darin, dass es so schnell überzeichnet war, der Erfolg lag darin, dass Dutzende von Tieren gerettet werden konnten. Das wollen wir fortsetzen.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] und Norwich Rüße [GRÜNE] – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade angesichts der Haushaltsplanung ist auch eine differenzierte Betrachtung beim Thema „Wolf“ nötig. Im Jahr 2018 haben wir erstmals Präventionsmaßnahmen und Billigkeitsleistungen mit Landesmitteln finanziert. Das waren genau 25.950 Euro. 2019 waren es bereits 894.000 Euro, und 2020 waren es 1,6 Millionen Euro.

Bei immer mehr vom Wolf besiedelten Gebieten werden natürlich immer mehr Weidetierhalter eine Förderung für Präventionsmaßnahmen benötigen und auch beantragen. Schätzungen zufolge werden wir zukünftig allein für das Wolfsgebiet Schermbeck rund 7,5 Millionen Euro für flächendeckende Präventionsmaßnahmen benötigen.

Das exponentielle Wachstum des Mittelbedarfs für das Wolfsmanagement wird ohne eine grundlegende Kursänderung einfach so weitergehen.

(Zuruf)

Das sind Mittel, die künftig an anderer Stelle fehlen werden. Es ist daher nur natürlich, dass sich immer mehr Menschen fragen, ob dieser Aufwand noch im Verhältnis steht.

Im Kreis Cuxhaven hat der Wolfsberater Hermann Kück – ich meine sogar, er wäre den Grünen sehr zugeneigt – seine Beratungstätigkeit jüngst niedergelegt. Er hat gesagt: Ich kann den Menschen nicht mehr die Angst vor dem Wolf nehmen. Ich kann den Menschen nicht mehr erzählen, dass es ein ungefährliches Tier ist. Wir brauchen ein neues Denken beim Wolfsmanagement.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Über den Naturschutz werden wir nachher zu späterer Stunde noch weiterdiskutieren, etwa beim Antrag zum Artenschutz. Auch hier werden wir den Weg weiterbeschreiten – konsequent und im Dialog mit allen Beteiligten.

Kommen wir zum Thema „Verbraucherschutz“: Verbraucherschutz ist dieser NRW-Koalition eine Herzensangelegenheit. Ich danke den Kolleginnen und Kollegen, dass sie das auch anerkennen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Im letzten Jahr habe ich hier gestanden und gesagt, dass Verbraucherrechte in Zeiten der Pandemie einen besonders starken Fürsprecher brauchen. Denn trotz einbrechender Umsätze bzw. trotz des Wegfalls ganzer Geschäftsfelder darf der Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern nicht vernachlässigt werden.

Nun hat sich in Pandemiezeiten das Verbraucherverhalten verändert; es wird mehr online eingekauft. Leider Gottes wissen das auch manche Betrügerinnen und unseriöse Anbieter. Es werden vermehrt sogenannte Fake Shops angeboten. Daher haben wir

einen Antrag gestellt. Zusammen mit der Verbraucherzentrale NRW wollen wir mit einem sogenannten Fake-Shop-Finder die Verbraucher hiervor schützen. Konkret handelt es sich um eine Suchmaschine zur Identifizierung von Fake Shops.

Leider Gottes sind Fake Shops kein neues Phänomen. Sie sorgen aber immer mehr und regelmäßig für großen Ärger bei geschädigten Verbraucherinnen und Verbrauchern. Daher setzen wir nun zusammen mit der Verbraucherzentrale ein wirksames Instrument ein. Die Verbraucher können dort, bevor sie ihre Bestellungen aufgeben, die Adresse prüfen lassen. Eine Künstliche Intelligenz prüft dann Indizien, ob es sich um einen Fake Shop handelt oder nicht.

Damit stärken wir das digitale Angebot der Verbraucherzentralen und erhöhen die Kompetenz und die Präventionsmöglichkeiten der Verbraucher auch im Onlinehandel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, wir können in Nordrhein-Westfalen zu Recht stolz darauf sein, eines der weitreichendsten und bestfinanzierten Angebote des Verbraucherschutzes aller Bundesländer zu haben.

Digitale Angebote, Präsenzangebote und persönliche Beratungs- und Betreuungsangebote bei den Verbraucherzentralen in NRW sind keine Konkurrenzangebote, sondern ergänzen sich vielmehr. So erreichen wir alle Verbraucher in Nordrhein-Westfalen.

Nordrhein-Westfalen ist und bleibt mit diesem Haushaltsansatz Verbraucherschutzland Nummer eins. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Haupt. – Für die AfD spricht nun Herr Dr. Blex.

Dr. Christian Blex (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Heute sprechen wir zum letzten Mal in dieser Legislaturperiode über den Einzelplan 10, und mir bleibt nichts anderes übrig, als dieser Landesregierung ein katastrophales Resümee zu präsentieren.

In unserem Land schreitet das Höfesterben immer weiter voran. Jeden Tag schließen in Deutschland acht landwirtschaftliche Betriebe. Gerade die Schweinehalter sind immer noch ganz akut in einer Existenzkrise.

Die Landesregierung hat nichts unternommen, gar nichts. Es gab Coronahilfen für die geschlossenen Schlachthöfe, aber nicht für die Schweinehalter.

(Zuruf von der CDU: Das stimmt doch nicht!)

Es wurde nicht einmal versucht, zu helfen.

Die Landesregierung beschwört die Regionalität, bleibt aber taten- und erfolglos bei der Sicherung regionaler Wertschöpfungsketten. Eine Zuckerfabrik in Warburg hat dichtgemacht und weitere werden folgen.

Indessen dürfen die Rübenbauern mit immer mehr politisch gewollten Wettbewerbsnachteilen auf EU-Ebene rechnen, aber keine effektive Blattlausbekämpfung und immer noch keine Direktzahlungen. Unterdessen haben sich die Preise für Ackerland dank Ihrer Euro- und Energiepolitik in nur wenigen Jahren verdoppelt und liegen bei über 55.000 Euro pro Hektar. Ähnlich verhält es sich bei den verpachteten Flächen; auch hier sind die Preise in den letzten zehn Jahren um 50 % gestiegen.

Die Landesregierung will pseudoökologische Landwirtschaft mit der Brechstange. Sie weiß eigentlich ganz genau, dass die pseudoökologische Bewirtschaftung Ertragsverluste von bis zu 40 % bedeutet. Sie will es trotzdem. Ende 2019 wurden in Nordrhein-Westfalen circa 2.200 landwirtschaftliche Betriebe mit rund 90.000 Hektar Fläche pseudoökologisch bewirtschaftet. Das sind 6,8 % aller landwirtschaftlichen Betriebe. Frau Heinen-Esser will aber bis 2030 auf 20 % kommen; sie will also die pseudoökologische Bewirtschaftung in nur acht Jahren verdreifachen. Es gibt ambitionierte Ziele, Frau Heinen-Esser, es gibt unmögliche Ziele, und es gibt idiotische Ziele. Nur leider kennt die Landesregierung den Unterschied zwischen diesen nicht. Sie verstehen sich aber sehr gut in pseudoökologischer Planwirtschaft.

Es ist auch diese Landesregierung, die das widersinnige Insektenschutzpaket der Bundesregierung ausdrücklich begrüßt. Damit wird der Ackerbau von Zwischenfrüchten als Maßnahme zur Verringerung des Nitrataustrags auch noch erschwert, und das Paket wird zu Recht von Fachexperten als fachlich mangelhaft bewertet.

Diese Landesregierung hat die neue Düngeverordnung im Bundesrat bereitwillig mitgetragen. Es ist diese Landesregierung, die in roten Gebieten alle Landwirte dazu verdonnert, pauschal 20 % weniger zu düngen. Immer deutlicher werden die Folgen; das hat auch ein Gutachten unserer Fraktion in der Enquetekommission gezeigt. Sie sprachen ja eben von der Enquetekommission, Herr Haupt von der FDP: Es übrigens nicht so, dass wir da alle einer Meinung sind. Sie und die CDU springen über jedes giftgrüne Stöckchen; wir tun das nicht.

Dieses Gutachten hat deutlich gezeigt – es hat sich sogar im Staatsfernsehen wiedergefunden –, dass durch Ihre Reduktionsmaßnahmen der Proteingehalt im Weizen um bis zu drei Prozentpunkte sinkt. Damit wird der Weizen zukünftig die Qualitätsstandards für Brotweizen in diesen Gebieten unterschreiten und kann nur noch als Futterweizen verwendet werden.

Gut – Sie wollen den Fleischbedarf senken, aber wir müssen wohl alle mehr Fleisch statt Brot essen, wenn das mit Ihrer Politik so weiterginge.

Mit der GAP-Reform sollen aber ab 2023 – das Ganze wird noch besser – 10 % der alljährlichen Direktzahlungen in die zweite Säule der GAP fließen. Bürokratie, Nachweispflicht und Controlling werden zunehmen, wenn es um die Agrarsubventionen geht. Was viele immer noch nicht wissen: Mindestens 35 % dieser Mittel müssen für ökoreligiöse Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen reserviert werden. In ihrer Gesamtheit führen die maßlosen Ausnahmen zu einem Erwerbsverlust von bis zu 25 % bei den Landwirten. Mit dieser Landesregierung am Steuer befindet sich unser Land auf Kollisionskurs mit der Realität.

Unvergessen ist auch die katastrophale Hochwasserschutz- und Katastrophenschutzpolitik der Landesregierung. Sie haben dazu – nicht ohne Grund – einen PUA eingesetzt. In den zwei Jahren Ihres Regierungshandelns haben sich in struktureller Sicht schwerwiegende Mängel offenbart. Frau Heinen-Esser hat in der Mehrheit der Fälle nicht agiert, sondern lediglich reagiert. Hinterher kann man dann immer sagen: Wir haben es nicht besser gewusst.

Aber bei all diesen Punkten waren wir bereits im Vorfeld aktiv. Wir haben 2018 einen Haushaltsänderungsantrag eingebracht, 20 Millionen Euro in den Hochwasserschutz zu stecken. Sie alle haben in trauter Einigkeit abgelehnt – und wir lehnen deshalb die Umwelt- und Landwirtschaftspolitik dieser Landesregierung ab. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Blex. – Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Heinen-Esser jetzt das Wort.

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist gut, dass wir uns heute die Zeit nehmen, uns anhand der Haushaltsberatungen über einige wesentliche kritische Leitlinien auszutauschen, insbesondere auch über das Thema: Welche Schwerpunkte setzen wir?

Ich möchte mit einer Rückschau auf das Jahr 2021 beginnen, denn es wird uns noch lange und in doppelter Hinsicht in Erinnerung bleiben: zum Ersten natürlich aufgrund der Coronapandemie – wir haben heute ja schon intensiv darüber diskutiert –, aber zum Zweiten auch wegen der Hochwasserkatastrophe, die eine ganz klare Folge des beginnenden Klimawandels war, den wir auch bei uns in Europa,

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen spüren. Nachdem wir 2018, 2019 und 2020 drei trockene Jahre hatten, war 2021 genau das Gegenteil der Fall: ein lang anhaltendes, festsitzendes Tief mit großflächigen Starkregenereignissen

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

und natürlich erheblichen dramatischen Konsequenzen. Was sagt uns das? Dass wir rechtzeitig die notwendigen Maßnahmen ergreifen müssen, um uns zu schützen. Das ist Daseinsvorsorge, meine Damen und Herren, das ist Zukunftsvorsorge. Deshalb haben wir in Nordrhein-Westfalen tatsächlich – dies ist von mehreren Rednerinnen und Rednern erwähnt worden – das bundesweit erste Klimaanpassungsgesetz eingebracht und verabschiedet.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Und ich sage Ihnen – jetzt können sogar einmal alle mitklatschen –: Ich habe mich gefreut, als ich mir gerade eben den Koalitionsvertrag des Bundes durchgelesen habe

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

und zu meiner Freude las, dass es auch im Bund ein Klimaanpassungsgesetz geben soll. Dazu muss ich sagen: Wir in Nordrhein-Westfalen haben mit unserem Klimaanpassungsgesetz dazu wirklich eine gute Vorlage geliefert,

(Beifall von der CDU und der FDP)

und es war auch die ganze Zeit unsere Vorstellung, dass aus der Anpassungsstrategie im Bund ein Klimaanpassungsgesetz wird. Wem man das zu verdanken hat? Ich denke natürlich als Erstes an unseren Koalitionspartner, die FDP, dass es dort Eingang gefunden hat. Ich weiß es nicht, ich vermute es nur.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD: Oh!)

Aber es ist wirklich eine gute Sache, und insofern Dank an die Kollegen der FDP.

Herr Rüße sagte vorhin, Menschenskind, ... – Nein, Herr Rüße war es nicht, es war Herr Schneider. Entschuldigung, damit würde ich Ihnen Unrecht tun. Sie kommen gleich noch dran.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

– Sie kommen gleich noch dran, keine Sorge.

Erst einmal zum Kollegen Schneider: Im Klimaanpassungsgesetz steht ja nichts drin – das waren so in etwa Ihre Worte vorhin. Wir haben einen Riesenschritt gemacht. Es gibt dort ein Berücksichtigungsgebot für Klimaanpassungsmaßnahmen.

(Zuruf von René Schneider [SPD])

Das heißt, immer dann, wenn öffentliche Stellen planen, wenn sie entwickeln, müssen sie das Thema

Klimaanpassungen mitdenken. Sie sind verpflichtet dazu, das Thema Klimaanpassungen mitzudenken. Das ist ein Riesenschritt. Ich wette mit Ihnen, lieber Herr Schneider, dass in Kürze genau dieses Berücksichtigungsgebot auch im Bundesgesetz zu finden sein wird.

(Beifall von der CDU – Zuruf von René Schneider [SPD])

Das ist wirklich eine richtige und notwendige Sache, die wir hier nach vorn bringen werden.

Frau Düker, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie noch hier sind. Denn wir hatten ja heute Morgen eine kurze Diskussion über die Mittelvergaben. Wir haben die Aufklärung darüber geschafft. Bei beiden Programmen sind die Anträge überzeichnet. Wir stellen Ihnen das gerne schriftlich zur Verfügung. Der Mittelabfluss verläuft jetzt stockend hinterher, also nachfolgend hinterher, aber beide Programme sind quasi geschlossen, weil zu viele Anträge gestellt wurden. Ich glaube, bei dem einen Programm waren es über 5 Millionen Euro mehr. Wie gesagt, Sie bekommen das von uns noch mal ausführlich dargestellt.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

Daran sieht man im Übrigen auch, dass Klimaanpassungsmaßnahmen tatsächlich nachgefragt werden und etwas sind, was die Kommunen gerne in Anspruch nehmen können.

Wir haben darüber hinaus ein Modellprojekt in der Ruhr-Konferenz verabredet – Dank an meinen Kollegen Holthoff-Pförtner, der das Thema mit vorangetrieben hat –, für das wir gemeinsam mit der Emshergenossenschaft in den nächsten zehn Jahren 250 Millionen Euro für Projekte der grünen und der blauen Infrastruktur zur Verfügung stellen werden. Also, wir sind hier auf einem guten Weg.

Das zweite Thema, was sich an die Klimaanpassung nahtlos anschließt, ist das Thema „Wald“. Wir haben wirklich schlimme Waldschäden erlebt. Ich werde in etwa zwei Wochen den Waldzustandsbericht für dieses Jahr vorstellen. Die Situation hat sich nur unwesentlich gebessert. Seit 2018 hat der Borkenkäfer bei uns im Land 50 % des Fichtenholzvorrats zerstört. Die Schadholzmenge liegt bei 8,5 Millionen m³ in diesem Jahr. Mittlerweile müssen wir 86.000 ha – das ist eine Fläche, die größer ist als die Stadt Hamburg – wieder bewalden. Es ist also eine sehr große Aufgabe. Wir haben im Haushalt dafür wieder 53 Millionen Euro vorgesehen.

Wir brauchen unsere Wälder als Naherholungsgebiet, Lebensraum, Rohstofflieferant, Arbeitgeber und Klimaschützer. Deshalb setzen wir uns auch hier in Nordrhein-Westfalen für eine bundesweite Baumprämie ein. Denn die Klimaschutzleistungen der Wälder müssen stärker honoriert werden. Ich glaube, das ist ein Thema, bei dem wir uns auch im Länderkreis alle einig sind.

(Beifall von der CDU)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Thema „Landwirtschaft“. Herr Rüsse, Sie haben vorhin gesagt, im Haushalt würde sich das Gleichgewicht zwischen Landwirtschaft und Naturschutz nicht widerspiegeln. Ich frage: War der Ausgang denn so, dass es ein Gleichgewicht zwischen Landwirtschaft und Naturschutz gegeben hat? Oder war es nicht so, wenn man sich eine Waage anschaut und sich den alten Haushalt anschaut, dass es hier ein Ungleichgewicht zwischen Landwirtschaft und Naturschutz gegeben hat?

(Norwich Rüsse [GRÜNE]: Wie bitte?)

Sie kritisieren, dass wir der Landwirtschaftskammer Geld zur Verfügung stellen. Aber wofür stellen wir denn der Landwirtschaftskammer das Geld zur Verfügung? Wir stellen ihr das Geld zur Verfügung, damit sie genau die Themen mit den Landwirten bearbeitet, die uns allen gemeinsam wichtig sind im Naturschutz, im Artenschutz, nämlich dafür, dass sie eine echte Biodiversitätsberatung bei den Landwirten macht, um die Landwirte sukzessive dazu zu bringen, auf ihren Feldern tatsächlich mehr Naturschutz zu praktizieren. Das ist die Idee dahinter.

Biodiversitätsberatung, Leitbetriebe der Biodiversität – das sind unsere Ideen. Wir erleben, dass wir tatsächlich auch Fortschritte erreichen. 2017 haben die Betriebe 40 Millionen Euro für Agrarumweltmaßnahmen erhalten, auf 188.000 ha. In unserer Legislaturperiode – das muss ich jetzt mal ganz deutlich sagen – haben wir es geschafft, das auf 60 Millionen Euro und 295.000 ha zu steigern. Das ist ein Riesensprung, den wir hier wieder geschafft haben.

(Beifall von der CDU)

Dabei, lieber Herr Rüsse, hilft uns die Landwirtschaftskammer. Ich wüsste keinen Partner, der von den Landwirten akzeptierter ist als eben die Landwirtschaftskammer mit ihren Experten. Deshalb machen wir das, und deshalb wird es auch noch mal Geld für Herdenschutzberatung bei der Landwirtschaftskammer geben, eben weil die Experten es hervorragend machen, weil sie in der Abwicklung von Anträgen zügig und zuverlässig und damit auch ein wirklich vertrauensvoller Ansprechpartner für die Landwirtschaft sind.

Wir haben im Tierwohl eine ganze Menge vorangebracht: Nutztierhaltungsstrategie, wir haben seit dem letzten Jahr eine Tierschutzbeauftragte, wir haben einen Tierschutzpreis eingeführt, wir haben eine Tiergesundheitsdatenbank auf den Weg gebracht. Auch hier muss ich feststellen: Der Koalitionsvertrag im Bund spricht genau von einer solchen Tiergesundheitsdatenbank.

Dazu muss ich jetzt mal ehrlich sagen: Der Vater dieser Tiergesundheitsdatenbank ist unser Staatssekretär hier im Land NRW, Heinrich Bottermann, der dieses Thema massiv vorangetrieben hat.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, vielleicht noch ganz kurz zum Thema Artenschutz, obwohl wir heute Abend noch darüber diskutieren. Deshalb will ich jetzt inhaltlich nicht so einsteigen, aber noch ein Wort zu den Biologischen Stationen. Ja, es stimmt, ich würde mir auch noch eine bessere Ausstattung der Biologischen Stationen wünschen.

Ich sage, wie wir uns das vorstellen – Herr Haupt, wir haben es schon andiskutiert –: Wir wollen ein Modell entwickeln, wie wir es bei der Verbraucherzentrale gemacht haben, nämlich mit einem länger wirkenden Vertrag, sodass die Biologischen Stationen nicht davon abhängig sind, jährlich im Haushalt irgendwie berücksichtigt zu werden, sondern tatsächlich einen Fünfjahresvertrag, wie wir es beispielsweise bei der Verbraucherzentrale haben, bekommen. Das wäre ein guter Schritt nach vorn, auch für die Biologischen Stationen. Damit hätten sie auch eine bessere Chance, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen, weil es eine andere Perspektive gibt. Das wird für uns ein Thema für das nächste Jahr werden.

Wir haben in der Verbraucherpolitik – weil wir über die VZ gesprochen haben; Sie haben es selbst alle dankenswerterweise positiv erwähnt – die neue Rahmenvereinbarung beschlossen. Wir haben sogar die institutionelle Förderung – das möchte ich auch deutlich betonen – von 16,5 auf 21 Millionen Euro erhöht. 2022 werden es fast 22 Millionen Euro. Also, auch hier sind wir auf einem guten Weg.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit, für die Unterstützung, freue mich auf weitere muntere Diskussionen mit Ihnen. – Danke schön.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. – Das bleibt auch so. Dann schließe ich an dieser Stelle die Aussprache zum Einzelplan 10.

Wir kommen zu den Abstimmungen. Wie Sie wissen, hat der Haushalts- und Finanzausschuss in Drucksache 17/15710 empfohlen, den Einzelplan 10 unverändert anzunehmen. Allerdings gibt es heute sieben Änderungsanträge, über die wir zuerst entscheiden werden.

Ich rufe den ersten **Änderungsantrag** der Fraktionen von CDU und FDP **Drucksache 17/15727** auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. – Stimmenthaltungen? – Bei der AfD-Fraktion. Damit ist der Antrag mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Ich rufe den zweiten **Änderungsantrag** – erneut von CDU und FDP – **Drucksache 17/15728** auf. Wer

diesem Antrag zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Die SPD-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist mit diesem festgestellten Abstimmungsergebnis auch der zweite Antrag **angenommen**.

Ich lasse über den dritten **Änderungsantrag** der Fraktionen von CDU und FDP **Drucksache 17/15729** abstimmen. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die antragstellenden Fraktionen von CDU und FDP sowie Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Gegenstimmen? – Die SPD-Fraktion und die AfD-Fraktion stimmen dagegen. Stimmenthaltungen? – Gibt es keine. Dann ist auch der dritte Änderungsantrag mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Ich rufe den vierten **Änderungsantrag** – ebenfalls von CDU und FDP – **Drucksache 17/15730** auf. Wer stimmt hier zu? – Die antragstellenden Fraktionen von CDU und FDP. Gegenstimmen? – Bei der SPD- und der AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Die sind dann bei Bündnis 90/Die Grünen. Dann ist der vierte Änderungsantrag mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis auch **angenommen**.

Ich rufe den fünften **Änderungsantrag** – erneut von CDU und FDP – auf, diesmal **Drucksache 17/15731**. Wer stimmt hier zu? – Das sind die antragstellenden Fraktionen von CDU und FDP sowie die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD- und AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Gibt es keine. Damit ist auch der fünfte Änderungsantrag mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Ich lasse über den sechsten **Änderungsantrag** **Drucksache 17/15732** abstimmen – erneut CDU und FDP als Antragsteller. Wer stimmt zu? – Das sind die beiden antragstellenden Fraktionen von CDU und FDP sowie die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Bei SPD- und AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Gibt es keine. Damit ist auch der sechste Änderungsantrag mit dem festgestellten Stimmergebnis **angenommen**.

Ich rufe den siebten **Änderungsantrag** auf – dann haben wir es auch fast geschafft – erneut von CDU und FDP **Drucksache 17/15733**. Wer stimmt hier zu? – Die antragstellenden Fraktionen von CDU und FDP. Gegenstimmen? – Bei SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Änderungsantrag mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis auch **angenommen**.

Damit sind wir mit den Änderungsanträgen durch und kommen zur Endabstimmung über den Einzelplan 10, und zwar in der von uns soeben geänderten Fassung, nicht mehr über die Beschlussempfehlung. Wer dem geänderten Einzelplan 10 zustimmen möchte,

bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind CDU- und FDP-Fraktion. – Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis ist der **Einzelplan 10 in der geänderten Fassung angenommen**.

Ich rufe unmittelbar auf:

Einzelplan 02 Ministerpräsident

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/15702 hin sowie auf die bereits vorliegenden Änderungsanträge von CDU und FDP Drucksachen 17/15687 bis 17/15691.

Wir debattieren in verschiedenen Teilbereichen, nämlich: a) Staatskanzlei, b) Europa und Internationales, c) Sport und d) Medien. Am Ende kommen wir auch zu den Abstimmungen.

Aus dem Einzelplan 02 rufe ich den ersten Teilbereich auf:

a) Staatskanzlei

Ich eröffne die Aussprache. Als erste Rednerin für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Müller-Witt das Wort.

Elisabeth Müller-Witt (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor fast genau fünf Jahren – präzise gesagt: am 14. Dezember 2016 – wurde durch den damaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden Armin Laschet im Rahmen der Haushaltsberatungen bereits die Messlatte für das Regierungshandeln in dieser Legislaturperiode gelegt – Zitat –:

„Das heißt, wir brauchen bis zu diesem Zeitpunkt konkret beginnend mit der nächsten Regierungsbildung eine effizientere und sparsamere Landesverwaltung. Die Landesverwaltung muss sich auf die Kernaufgaben konzentrieren.“

So Laschet zu Oppositionszeiten.

Werfen wir einen Blick auf den noch unter der Ägide von Ministerpräsident Laschet eingebrachten Plan des Einzelhaushaltes 02, dem Haushalt für den Zuständigkeitsbereich des Ministerpräsidenten. Die Ausgaben im Einzelplan 02 sind von 2021 auf 2022 um 69,7 Millionen Euro auf 433 Millionen Euro gestiegen – ein Zuwachs um schlappe 19,2 %. So viel zur effizienteren und sparsameren Landesverwaltung.

Und wie sieht es im engeren Haushalt des Ministerpräsidenten aus? Hat man sich auf die Kernaufgaben konzentriert? – Von 2017 bis 2022 ist dieser Haushalt von 66 Millionen Euro auf 99 Millionen Euro – also um 50 % – gestiegen.

(Lachen von der SPD)

Während von 2012 bis 2016 das Personal in der Staatskanzlei nahezu unverändert blieb, sind zwischen 2017 und 2022 über 80 zusätzliche Stellen hinzugekommen. Das ist das Verständnis des Ministerpräsidenten von Sparsamkeit.

(Beifall von der SPD)

Ebenso schwer nachvollziehbar ist, warum auch im dritten Jahr nach dem Umzug vom Stadttor in das jetzige Gebäude am Rheinufer die Staatskanzlei noch weiter den Repräsentationsbedürfnissen entsprechend umgebaut werden muss. 11 Millionen Euro wurden bereits ausgegeben, und weitere 6 Millionen Euro sind geplant. Zeitgleich zu den Baumaßnahmen an der Staatskanzlei befinden sich repräsentative Räumlichkeiten für die Nutzung durch den Ministerpräsidenten im benachbarten Behrensbau in Planung.

Zitat: „Wir brauchen [...] konkret beginnend mit der nächsten Regierungsbildung eine effizientere und sparsamere Landesverwaltung.“ – Ja, diese Aussage trifft voll und ganz zu.

Begrüßen wollen wir dagegen die Ansatzserhöhung für die Arbeit der Antisemitismusbeauftragten; sie ist bedauerlicherweise mehr als notwendig. Allerdings müssen wir uns angesichts des zunehmenden Antisemitismus fragen, ob diese wichtige Arbeit auf Dauer ehrenamtlich geleistet werden kann.

Zwar wird mit der Schaffung der Meldestelle eine gute Ergänzung angeboten, aber der Bericht der Antisemitismusbeauftragten zeigt, dass der Arbeitsaufwand weit über das hinausgeht, was eine ehrenamtliche Stelle – ergänzt um einige Mitarbeiter – leisten kann. Das hat auch der Änderungsantrag von CDU und FDP nicht verändert. Wir sind hier offen für Veränderungen.

An dieser Stelle eine kurze Bemerkung zu den Beratungsstellen gegen Rechts: Nicht nur der weiterhin zunehmende Rechtsextremismus, sondern auch das Erfordernis, Inflation und Lohnsteigerungen bei den Beschäftigten der Beratungsstellen gegen Rechts auszugleichen, machen es nötig, dass die Dynamisierung der Finanzierung angegangen wird.

Sorgen macht uns der Umfang der vertraglich gesicherten Unterstützung der jüdischen Kultusgemeinden. Hier muss sichergestellt werden, dass ausreichend personelle Ressourcen, die für die Sicherheit der jüdischen Einrichtungen eingesetzt werden, auch angemessen bezahlt werden können und dass die